

„Das tritt ... nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich. Ach, seit März 2009.“ Mit dieser Variation des berühmten Schabowski-Zitats, das vor 20 Jahren den Fall der Mauer besiegelte, eröffnete Prof. Dr. Andreas Hinz seinen Vortrag. Mit ihm waren 380 Wissenschaftler, Schulleiter, Lehrer, Sonderpädagogen und Eltern zur Fachtagung „Eine Schule für alle“ nach Offenbach gekommen. Hinz spielte mit seinem Satz auf die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung an, die seit März 2009 in Deutschland gilt.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen beinhaltet auch das Recht auf gemeinsamen und wohnortnahen Unterricht für alle Kinder, unabhängig von Geschlecht, Muttersprache, Religion oder eben Beeinträchtigungen.

Soweit die Theorie. Von einer inklusiven Schulpraxis ist Deutschland jedoch noch immer weit entfernt. Nur knapp 2,8 Prozent der Kinder mit geistiger Behinderung lernen gemeinsam mit nichtbehinderten Mädchen und Jungen auf einer Regelschule. Damit ist Deutschland europaweit Schlusslicht.

Damit sich das ändert, hatte die Bundesvereinigung Lebenshilfe vom 12. bis 14. November nach Offenbach eingeladen – in Kooperation mit dem Aktionsbündnis „Eine Schule für alle“, dem unter anderem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und zahlreiche Bundesverbände angehören.

Engagiert, optimistisch, manchmal kritisch, immer lebhaft war die Diskussion. Welche Hemmnisse gibt es, welche Ängste bei manchen Eltern, welche Erfolge bei vielen Kindern? Und wie muss sich die Regelschule verändern? Die Tagungsteilnehmer konnten sich einen Überblick darüber verschaffen, wo die Wissenschaft in Fragen inklusiver Schulbildung steht und wie gute Beispiele aussehen. Ob eine inklusive Schule das Modell der Zukunft ist, stand für die meisten Teilnehmer außer Frage. Entscheidend sei das „Wie“. Und das heißt, dass die allgemeine Schule sich an den Bedürfnissen unterschiedlicher Kinder und Jugendlicher orientieren muss – und entsprechend sachlich und personell ausgestattet wird.